IPG

INTERVIEWS 10.11.2014

Wie man Populismus nicht bekämpft

Sechs Antworten von René Cuperus in Den Haag.

Der Populismus in Europa nimmt zu. Haben wir, hat die Linke, die Ursachen wirklich verstanden?

Ich betrachte Populismus als gefährliches Alarmsignal. Er repräsentiert eine Vertrauenskrise und eine Krise der Repräsentation in unseren Gesellschaften. Es geht um die Bindekraft unserer liberalen Nachkriegsdemokratie, unseres solidarischen Wohlfahrtsstaates und um die soziale Marktwirtschaft. Sie scheint durch den Druck der Globalisierung, der Migration, und der Ent-traditionalisierung unterminiert und ausgehöhlt zu werden.

Populismus ist eine Revolte von Menschen, die sich abgehängt fühlen. Doch er wird nicht so sehr vom Prekariat getragen, das in Deutschland oft als „bildungsfern“ bezeichnet wird. Es ist viel beunruhigender. Und zwar sowohl in Bezug auf Zahlen als auch auf das politische Risiko. Wenn man sich anschaut, was hinter dem Anstieg der Populisten der Front National, der UKIP, der Niederländischen PVV, der flandrischen und skandinavischen Populisten und so weiter steht, zeigt sich, dass der Populismus ein Phänomen der unter Druck gesetzten Mitte ist. Er ist ein Phänomen der weniger ausgebildeten Mittelschicht. Es handelt sich um eine Revolte gegen die Einstellungen und gegen den internationalen Kurs einer als abgehoben wahrgenommenen Elite. Populismus ist nicht die NPD. Populismus ist die Stimme der britischen Boulevardpresse oder der deutschen BILD-Zeitung in der Politik.

Wenn die Parteien nicht lernen, mit diesen Kräften und Spannungen konstruktiv umzugehen, könnten sie bald als Volksparteien ohne Volk dastehen.

Im Anschluss an die Arbeiten des flämischen Soziologen Mark Elchardus (The New Social Question) und des schweizerisch-niederländischen Politikwissenschaftlers Hanspeter Kriesi (Political Conflict in Western Europe) kann man sagen, dass heute eine neue gesellschaftliche Kluft entsteht. Sie löst die klassische Unterscheidung links vs. rechts und religiös vs. säkular ab. Die neuen gesellschaftlichen Trennlinien basieren auf

Bildung und soziokulturellem Kapital. Unsere Gesellschaften riskieren eine Polarisierung zwischen Menschen mit einem niedrigen und einem hohen Bildungsniveau.

Populismus ist auch in den Niederlanden eine Herausforderung. Wie stellt sich die von Ihnen beschriebene Kluft dort dar?

In den Niederlanden lässt sich beobachten, dass die gut Ausgebildeten und die weniger gut Ausgebildeten mehr und mehr in getrennten Welten leben: Living apart together. Es ist eine Situation der gegenseitigen Vermeidung. Die beiden Gruppen haben wenig Kontakt. Orte der Begegnung wie die Kirche, die Armee oder Wohltätigkeitsorganisationen haben an Bedeutung verloren. Vor allem die Akademiker tendieren dazu, sich in ihren eigenen Kreisen abzuriegeln. Aus diesem Biotop schauen sie dann verächtlich auf die weniger Gebildeten herab. Sie verachten deren Humor, deren Geschmack und deren politische Überzeugungen. In einer egalitären Gesellschaft resultiert diese elitäre Einstellung zugleich in einem Gefühl des Unbehagens – das zumindest haben zwei niederländische Regierungs-Think-Thanks vor kurzem herausgefunden.

Die Akademiker und die weniger Gebildeten unterscheiden sich dabei vor allem in ihren Einstellungen zu sogenannten Globalisierungsfragen. Zur Frage der offenen Grenzen, der Einwanderung und zum europäischen Integrationsprozess. Hier stehen sich beide soziokulturellen Familien diametral gegenüber. Die besser Gebildeten gelten als kosmopolitischer und als universalistischer. Die weniger Gebildeten werden als nationalistisch und partikularistisch beschrieben. In unserer Welt im Wandel verfügt die erste Gruppe über weit mehr politisches Vertrauen und finanzielles sowie kulturelles Kapital als die zweite Gruppe.

Was bedeutet das für die etablierten politischen Parteien?

Diese Trennlinien schneiden mitten durch die alten Volksparteien der Christdemokraten und der Sozialdemokraten. Wenn diese Parteien nicht lernen, mit diesen Kräften und Spannungen konstruktiv umzugehen, könnten sie bald als Volksparteien ohne Volk dastehen.

Das Problem ist, dass diese gesellschaftliche Reibung zwischen den Akademikern und den Nicht-Akademikern von den populistischen Parteien maximal ausgenutzt wird. Der falsche Mythos der Rechtspopulisten konstatiert, dass sowohl die kosmopolitische akademische Elite als auch die neu ankommenden Migranten den Nationalstaat unterminieren und letztlich abschaffen wollen. Das ist

also vielmehr eine Geschichte der Angst, der Ressentiments und des Zorns als eine Geschichte des sozioökonomischen Verlusts. Es ist ein Ringen um Identität, soziale Anerkennung und Status. Vor einem Jahrhundert war der Arbeiter der Held der politischen Linken. Intellektuelle wurden nur als Jünger der Arbeiter akzeptiert. Heute beschuldigt die Elite die Menschen, mit dem Wandel nicht zurechtzukommen und unzureichend auf die globale Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts vorbereitet zu sein.

Sollten linksgerichtete Parteien dann im Schluss nicht populistischer werden? Und falls ja, wie wäre sicherzustellen, dass sie in diesem Prozess nicht ihre Seele verkaufen?

Wenn linke politische Parteien ihre Seele nicht bereits vor langer Zeit verkauft hätten, wären wir nicht in der aktuellen Lage. Das ist meine generelle Antwort. In den siebziger Jahren haben wir in den Niederlanden eine klassisch sozialdemokratische Partei in eine fortschrittliche Partei verwandelt. Sie beruht stark auf der Propagierung von postmaterialistischen Werten – durchaus vergleichbar mit den Grünen Parteien in Europa heute. Die resultierenden Spannungen wurden durch den Sozialvertrag über den allgemeinen Wohlfahrtsstaat in Balance gehalten. Das schien, zumindest für eine Weile, zu funktionieren. Doch als wir, als postmoderne Sozialdemokraten, den Sozialvertrag brachen oder sogar verrieten, wie es bisweilen wahrgenommen wurde, öffneten wir die Tür für Misstrauen, Zorn, Ressentiments und Frustration. Unsere Reformen und die Austerität haben den populistischen Unternehmern und Abenteurern erst den nötigen Raum gegeben.

Es ist unmöglich, populistische Bewegungen zu bekämpfen, indem man einfach das Establishment dazu aufruft, zusammenzustehen und Privilegien zu verteidigen.

Wir müssen verstehen, dass der Populismus in der Wirklichkeit fußt. Er kommt nicht einfach aus dem Nirgendwo. Populistische Bewegungen repräsentieren sehr echte Ängste und Sorgen. Und diese muss man ernst nehmen. Verachtung der Gebildeten für die weniger gebildete Klasse und deren legitime Sorgen ist alles aber nicht hilfreich. Wähler als nicht ausreichend gebildet und als zu wenig Europa-enthusiastisch zu verdammen, ist alles – aber nicht hilfreich.

Wir müssen auch verstehen, dass der Populismus hauptsächlich kulturell ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Populismus wie wir ihn heute in Europa sehen, nicht in den Krisenregionen, sondern in einigen der wohlhabendsten Regionen seinen Anfang genommen hat: In Dänemark, Frankreich und in Belgien. Der Populismus ist keine Bewegung der Armen, sondern eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden Gesellschaften. Insofern ist der

Populismus der Kampf um ein verlorenes Paradies. Aus diesem Grund ist es unmöglich, populistische Bewegungen zu bekämpfen, indem man einfach das Establishment dazu aufruft, zusammenzustehen und Privilegien zu verteidigen. Wir müssen den Populismus bekämpfen, nicht ihn schüren.

Angesichts der komplexen Ursachen: Inwiefern ist das Label Populismus überhaupt adäquat?

Wir sollten mit dem Begriff Populismus vorsichtig sein. Das ist kein neutrales Label. Der Begriff ist abwertend und wird zur Dämonisierung politischer Gegner verwendet. Es geht darum, ihn aus der Arena der „normalen und rationalen" Politik auszustoßen. Bekanntlich bezeichnen sich Populisten selbst nicht als Populisten. Wenn wir diese Bewegungen der Unzufriedenheit nun einfach mit dem Begriff brandmarken, brandmarken wir all jene Menschen, die sich aus richtigen oder falschen Gründen abgehängt fühlen.

Doch so wird und sollte politisch-moralische Führung nicht funktionieren. So sollten wir die Komplexität der neuen globalen Welt nicht managen und kommunizieren. Darüber hinaus bedeutet der Begriff unterschiedliche Dinge in unterschiedlichen Kontexten. In den USA, zum Beispiel, ist der Begriff viel neutraler besetzt. Populismus gegen „Big Government" in Washington gilt als rationale demokratische Einstellung. In Europa ist er dagegen ein subkontextuales Codewort für extremen Nationalismus und Faschismus – die Pathologie der Stimme der Massen des totalitären 20. Jahrhunderts. Diese Schatten der Narben des 20. Jahrhunderts sind jetzt im Versuch, die Gesellschaft zusammen zu halten, sowohl hilfreich als auch kontraproduktiv.

Wenn wir über den Hintergrund des Populismus sprechen, ist es problematisch, dass die Angst vor der Globalisierung in der Regel als Defizit der weniger ausgebildeten Klassen dargestellt wird. Der elitäre Diskurs unterstellt, dass diese Menschen über zu wenig Bildung und kulturelles Kapital verfügen, um mit der sich rapide wandelnden Welt zu Recht zu kommen und sich ihr anzupassen. Das ist ein Fall von selbstzufriedenem meritokratischen Darwinismus. Den weniger Gebildeten werden ihr Mangel an Bildung und ihr mangelnder Erfolg vorgehalten. Dabei gerät aus dem Blick, dass die weniger gut ausgebildeten Menschen in ihrem Alltag sehr viel direkter mit den Komplexitäten der europäischen Integration und Migration konfrontiert sind als die Akademiker. Denn die können sich die sogenannte weiße Flucht in weniger multikulturelle Stadtteile, Schulen und Sportklubs ja ohne Probleme leisten.

Wenig Beachtung gilt auch der Tatsache, dass die besser ausgebildete

Elite in den vergangenen Jahren daran gescheitert ist, die Globalisierung vernünftig zu steuern. Die Politik der Elite resultierte in einer Finanzkrise, einer Bankenkrise, der Eurokrise und der populistischen Einwanderungskrise. Diese Leistungsbilanz hat den Respekt der weniger gut gebildeten Abgehängten für die sogenannte Weisheit der gut Ausgebildeten nicht gerade vergrößert, um es milde auszudrücken.

Wie kosmopolitisch, pro-europäisch, pro-islamisch und so weiter ist die akademische Elite bei genauerer Betrachtung wirklich?

Doch das Verräterischste von allem ist das: In meiner Analyse hat die besser ausgebildete Hälfte der Gesellschaft halb-bewusst ein falsches Selbstbild entwickelt. Die Leute geben vor kosmopolitisch, universalistisch, pro-Einwanderung, pro-islamisch, pro-EU und gegen Law & Order zu sein. Doch die Einstellung beruht zumeist nur auf dem Bemühen um soziale Status-Abgrenzung gegenüber den ordinären, vulgären weniger Gebildeten. Denn wie kosmopolitisch, pro-europäisch, pro-islamisch und so weiter ist diese akademische Elite bei genauerer Betrachtung wirklich? An dieser Behauptung ist einiges abzuziehen. Man könnte sogar sagen, oh Ironie, dass es heute die weniger Gebildeten sind, die als Avantgarde funktionieren und auf die Schattenseiten der Globalisierung hinweisen. Zumindest setzen sie die ungerechte und ungleiche Lastenverteilung der Globalisierung auf die politische Agenda.

Welche Lektionen können aus dem Kampf gegen den Populismus in den Niederlanden gezogen werden?

Man kann wohl sagen, dass wir in den Niederlanden alles versucht haben. Wir haben in den achtziger Jahren gegen eine Bewegung der extremen Rechten einen Cordon Sanitaire gezogen. Damals funktionierte das noch. Danach wurden Populisten von den Mainstream-Parteien zunächst dämonisiert. Stichwort Fortuyn. Danach experimentierten die niederländischen rechten Parteien mit Geert Wilders Partei für die Freiheit. Sie wurde sogar halb in die Regierung aufgenommen. Was haben wir daraus gelernt? Dass es kein Patentrezept gibt. Falls es eine Lehre gibt, dann ist es die, dass wir das Phänomen Populismus ernst nehmen müssen. Und dass wir, wenn das notwendig ist, Führungsstärke zeigen müssen. Insbesondere wenn es um den demokratischen Pluralismus und um eine zivilisierte Behandlung von Minderheiten im Rechtsstaat geht.

Auf taktischer Ebene sind große Koalitionen ein Fehler. Sie erodieren die Unterschiede zwischen Links und Rechts und verstärken das Bild eines einzigen Establishments und der totalen Alternativlosigkeit. Doch was wir letztlich brauchen, ist ein neuer Kompromiss, ein neuer Sozialvertrag und ein neuer kultureller Vertrag zwischen den besser und den weniger gut gebildeten Menschen auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Auf der Linken, auf der Rechten, und unter gut integrierten Einwanderern.

Die Fragen stellte Michael Bröning.



René Cuperus
Den Haag

Dr. René Cuperus ist Politik- und Kulturhistoriker. Zudem ist er Mitglied des Beirats für Europäische Integration und Internationale Politik der niederländischen Regierung. Von ihm stammt das Buch *7 Mythen über Europa – Plädoyer für ein vorsichtiges Europa.*

4 LESERBRIEFE

dubois schrieb am 10.11.2014

ich weiss nicht wie dieser Artikel uns weiterhilft.
Er legt eine schwammige Vision von Populismus" vor , die kaum zu diskutieren ist. Zu diskutieren waere aber die nationalorientierte Politik Orbans in Ungarn, die eine

klare makroekonomische Verbesserung erbracht hat. dadurch dass er den supranationalen Banken an die Souveraenitaetsrechte eines staats erinnert hat. Oder der Vorschlag der Front National,
dessen Programm zumindest lesenswert ist, aus dem EURO auszusteigen -wohl einzige Rettung fuer Frankreich. Oder was ist mit den Katalanen, die ihren eigenen Staat haben wollen weil der spanische Nationalstaat nur mehr Schrottwert hat? Darueber muesste amn nachdenken: je genauer die fragestellung desto besser die Antwort!

HerbertJ schrieb am 11.11.2014

Für mich benennt René Cuperus sehr wichtige Punkte für offene Debatte über neue populistische Strömungen: dass der Populismus aus der bedrängten Mitte kommt, dass die zunehmende Kluft zwischen gut und weniger gut aus-gebildeten Menschen mehr Beachtung finden muss, dass die sogenannten Eliten zu abgehoben von einem großen Teil der Bevölkerung agieren, dass die Linken nicht mehr die Stimme der Arbeiter sind und dass die etablierten Parteien sich nur noch in Detailfragen unterscheiden. Was wir vor allem brauchen, ist mehr

Profil und sind Allein-stellungsmerkmale bei den demokratischen Parteien. Der nicht nur schein-bare, sondern bei den großen Themen Europa, Globalisierung und Markt-wirtschaft tatsächlich bestehende Einheitsbrei bei den demokratischen Par-teien bereitet den Boden für die Populisten! Das ist nicht nur in Frankreich, Großbritannien, Italien, in den Niederlanden und in Belgien so, sondern überall in Europa! Sorgen wir dafür, dass die Sozialdemokratie wieder eine Alternative zu den kapitalistischen Parteien wird. Im Interesse der Demokratie hat dies eine zentrale Bedeutung. Wenn sich immer mehr Menschen von uns nichts mehr erhoffen, wo gehen sie hin? Welchen Ratten-fängern werden sie folgen?

Paris Varvaroussis schrieb am 11.11.2014

Interessante Vorschläge; doch ich denke, dass Dr René Cuperus mehr Achtung auf die politische Elite geben sollte, denn die Masse folgt immer ihren Bedürfnissen und Erwartungen. Populismus ist eher eine politische Ideologie, die an nationalistische Gedanken, Fremdenfeindlichkeiten, wirtschaftliche Elend u.a. angeknüpft ist, und muss als solche bekämpft werden. Ich

meine, das Bildungsniveau und die kulturelle Kluft der Masse, die hier betont werden, spielen eine sekundäre Rolle in der Entwicklung populistischer Ideen. Die meisten Populisten waren schon immer hochgebildete Menschen.

Erdkreise 1 schrieb am 11.11.2014

Erst mal was allgemeines wir haben eine Globale Gesellschaft.
Wir leben in eine schnelllebigen Gesellschaft.
Die Trennung der Gesellschaft schaffen alle Parteien die in der EU sind. Die EU Politiker sind das Problem ihnen fehlt der Bezug zu Realität und zu den Bürgern. Sie denken nur an sich.
Ihnen sind die Bürger egal. Denn die EU Wahlen sind vorbei und wenn man ihnen schreibt Schweigen.
Den Poulismus kommt aus den Parteien.
Das Akademische Problem fängt in den Parteien an wenn man in sieht welche Gruppen drin sitzen dann sind dort nur noch Akademische Kreise sie haben den Bezug zu den einfachen Bürgern verloren. Sie lassen bei den Wahlen die sie vertreten wollen nicht an den Dialogen teilhaben. Ihnen fehlt der Bezug zu Arbeit weil sie nur

den PC oder das Studium kennen und dann ins Parlament. Sie kennen das Wort Arbeit nur vom Studium.
Wenn Bürger ihnen Schreiben so können sie nicht nachvollziehen was die Realen Probleme sind.
Das zeigt sich auch dadurch das sie nicht auf die Probleme in unseren Land reagieren . Ob das die PKW Maut (Das keiner will wie das Betreuungsgeld) Viele Familien sind sauer weil es verhindert das Erzieherinnen eigestellt werden und Kitas gebaut werden nur weil ein Politiker das will was aber gegen die Realtät.
Das Entscheidende ist aber. Kein Sozialer Wohnungsbau ist Tod.
Bei Strom haben wir 100 % Erhöhung.
Die Banken haben durch ihren Dispo eine Schuldenfalle aufgebaut.
Die Mieten sind hoch es wird immer treuer für Bürger mit wenig Geld.
Das ist was die Politik nicht sehen will.
Die Bürgerferne ist groß geworden in Deutschland die Politik ist mit sich selbst beschäftigt.
Will damit erst mal zum Schluss kommen.